

Gipfel im Sperrbezirk

Schloss Elmau bereitet sich auf das Treffen der G7 und ihrer Gegner vor. Seite 6



Überzeugter Europäer

Denken gegen die Bedrohung – zum Tod des Soziologen Ulrich Beck. Seite 15

Foto: imago/Metodi Popov

Mississippi hat den Blues

Wo König Johnson für die Musik seine Seele dem Teufel verkaufte, ein armseliges Gedenken fand und die Menschen dem sozialen Elend entfliehen wollen. Seite 3



Foto: 123rf/Dmitry Bomshtein

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 5. Januar 2015

70. Jahrgang/Nr. 3

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Hellas braucht Schuldenschnitt

Martin Ling über einen Ausstieg Griechenlands aus dem Euro

Griechenlands Rauswurf aus der Eurozone ist für Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble eine Option. Offenbar schätzt die Bundesregierung die Gefahren eines Domino-Effekts nach einem Rausfallen von Athen geringer ein als anno 2012. Was Merkel und Co. verschweigen, ist, dass Griechenlands Euro-Schulden sich real durch die Einführung einer abwerteten »Neo Drachme« je nach Abwertungsgrad erhöhen würden. Und damit die Ausfallwahrscheinlichkeit der Kredite, für die auch der deutsche Steuerzahler milliardenschwer bürgt.

Fakt ist: Ohne einen massiven Schuldenschnitt hat Griechenland überhaupt keine Chance zu gesunden und auch keine Chance, die Schulden zurückzuzahlen. Ein solcher Schuldenschnitt wäre dabei lediglich die notwendige, keinesfalls aber hinreichende Voraussetzung für eine internationale Wettbewerbsfähigkeit, die es dem Land ermöglichte, Handelsbilanzüberschüsse in einem Ausmaß zu erzielen, die den Schuldendienst überkompensiert. Durchaus mit Bedacht wurde im Londoner Schuldenabkommen 1953 für die BRD die Klausel festgeschrieben, nach der Deutschland seine Schulden nach dem Schuldenschnitt nur aus Handelsbilanzüberschüssen zurückzahlen hätte, mithin die Gläubiger ihre Märkte für deutsche Exporte sperrangelweit öffnen, um damit die Schuldentrückzahlung zu ermöglichen. Von solchen Bedingungen kann Griechenland nur träumen – Wahlsieg von SYRIZA hin oder her.

UNTEN LINKS

Obwohl die Rente mit 70 eine ganz frische Idee ist und natürlich freiwillig, haben sich viele Menschen spontan dazu entschlossen. Jeden Tag leisten Tausende ihre Unterschrift unter Beifallsbekundungen und schicken sie an die Bundesagentur für Arbeit oder an Menschen, die als Vorbilder für nimmermüdes Tätigsein gelten. Josef Ackermann (66) zum Beispiel, Sepp Blatter (78), Joachim Gauck (74) oder eine von den Hunderttausenden Putzfrauen und Flaschensammlern, die sich noch mit 70 Jahren gern auf die Knie begeben oder im Abfall wühlen, weil sie einfach süchtig danach sind. Große Gruppen von Beschäftigten erklären sich darüber hinaus bereit für die Rente mit 80, 90 oder 100 Jahren und haben bereits mit dem Rauchen aufgehört sowie fettes Essen und Skilaufen aus dem Urlaubsplan gestrichen, um nicht ihre Gesundheit zu gefährden. Im Bundespräsidentenamt denkt man schon darüber nach, sie dafür auszuzeichnen. Mit dem Ehrentitel »Kollektiv der kapitalistischen Arbeit«. ott

ISSN 0323-3375



Eulen auf der schwarzen Liste

Griechenland wird immer offener mit dem Ausschluss aus der Euro-Zone gedroht



Foto: dpa/Jens Büttner

Berlin. Ein Rauswurf Griechenlands aus der Eurozone scheint für die Bundesregierung kein Tabu mehr zu sein. Ein entsprechender »Spiegel«-Bericht wurde am Sonntag vom stellvertretenden Regierungssprecher Georg Streiter lediglich mit den Worten kommentiert: »Es gibt keine Kursänderung.« Die Linkspartei kritisierte die offensichtlich in Rede stehenden Szenarien für den weiteren Umgang mit dem krisengeschüttelten Mittelmeerstaat. »Mit dieser Art öffentlicher Erpressung wird Griechenland gezielt vor den Wahlen destabilisiert«, sagte LINKE-Vorsitzender Bernd Riexinger dem »Handelsblatt«.

Größte Chancen auf den Wahlsieg am 25. Januar werden der griechischen Linkspartei SYRIZA zugerechnet. Sie fordert einen Schuldenschnitt und Neuverhandlungen mit der Gläubigertroika, doch sie will nicht, dass Griechenland den Euro aufgibt. SYRIZA gerät nun aber auch innenpolitisch unter Druck. Am Wochenende stellte der ehemalige Regierungschef Giorgos Papandreou seine neue Partei »Bewegung der Demokraten und Sozialisten« (KIDISO) vor. Sie ist eine Abspaltung der regierenden sozialdemokratischen PASOK, die Papandreous Vater Andreas 1974 gegründet hatte. Die neue Partei solle Griechenland aus

der Krise führen, dies sei nur mit Reformen möglich, so Giorgos Papandreou.

Ein in Hellas nicht minder bekannter Politiker weist derweil auf die besondere Beziehung seines Landes zu Deutschland hin. »Wir wollen keine Rache, sondern Freundschaft«, so der Widerstandskämpfer und Europaabgeordnete Manolis Glezos mit Blick auf die von ihm und seiner Partei SYRIZA aufrecht erhaltene Forderung nach Reparationen für von den Nazis geraubtes griechisches Vermögen. In dieser wie in der Frage der Krisenpolitik ist er überzeugt: »Wir wollen keine EU, in der Angela Merkel alles bestimmt.« nd Seiten 2 und 5

Legida lässt die Hüllen fallen

Pegida-Ableger in Leipzig mit rechtspopulistischen Forderungen / Übergriffe auf Migranten in Dresden

Vor den Pegida-Aufmärschen in mehreren Städten am Montagabend veröffentlicht der Leipziger Ableger ein offenes Positionspapier.

Von Stefan Otto

Glaukt man dem Bundeslandwirtschaftsminister und CSU-Vize, Christian Schmidt, so handelt es sich bei Pegida auch um einen Medienhype, während die Bewegung weniger mächtig sei, als man ihr zubillige. Aber tatsächlich breiten sich die montäglichen Demonstrationen der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« weiter aus. Die Islamfeinde wollen zum Jahresbeginn nicht nur in Dresden marschieren – größere Demonstrationen sind auch in Leipzig, Köln und Berlin angekündigt.

Der Leipziger Ableger, der sich Legida nennt, rechnet bei dem Aufmarsch mit 3000 Teilnehmern. Auf ihrer Internetseite verbreiteten die Legida-Organisatoren im Vorfeld der Demonstration ein Positionspapier mit offenen Forderungen: So wird eine

»Abkehr von der Multikultur und Stärkung bzw. Wiedererlangung unserer nationalen Kultur« verlangt. »Insbesondere der islamischen Religion« will man »jedwede Missionierung, extremistische Ausübung ihres Glaubens und Unterwanderung unserer Glaubenskultur« untersagen. Die Integration von Flüchtlingen will Legida auf »sehr wenige Ausnahmefälle« beschränken, bei denen absehbar sei, »dass der Flüchtling längerfristig Asyl erhalten muss«. Gefordert wird weiterhin ein striktes Einwanderungsgesetz etwa nach dem Vorbild der USA oder der Schweiz. Außerdem verlangt Legida die »Beendigung des Kriegsschuldskultes und der Generationenhaftung« und bewegt sich damit eindeutig im Dunstkreis rechtsradikaler Agitation. Gegen den Legida-Aufzug wird es einen Sternmarsch von zahlreichen Initiativen geben, bei dem die Veranstalter mit rund 5000 Menschen rechnen.

In Köln wird am Montag der Dom aus Protest gegen die örtliche Kögida-Demonstration, zu der einige Hundert Teilnehmer er-

wartet werden, unbeleuchtet bleiben. Das Gotteshaus solle keine Kulisse für die rechte Demonstration sein, erklärte der Dompropst Norbert Feldhoff. Vertreter der großen Religionsgemeinschaften in Köln haben in einer gemeinsamen Erklärung »die Versuche von

»Die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft führt auch zum (...) Sittenverfall.«

Legida-Positionspapier

Pegida, die Gesellschaft zu spalten und Muslime und ihre Religion zu verunglimpfen und auszugrenzen«, verurteilt. Gegendemonstrationen starten im Stadtteil Deutz sowie in der Altstadt.

Erstmals versuchen Islamfeinde auch in Berlin, ihren rechten Protest aus den Außenbezirken in die Stadtmitte zu verlagern. Die Organisatoren rechnen für ihren Spaziergang vom Roten Rathaus

zum Brandenburger Tor mit 300 Teilnehmern. Mehrere Gegendemonstrationen sind angemeldet.

In Dresden hat die Pegida-Demonstration vom 22. Dezember noch ein Nachspiel: Die Dresdner Polizei prüft Berichte über einen brutalen Übergriff auf junge Migranten. »Gegenwärtig laufen dazu Ermittlungen«, hieß es am Samstag aus dem Lagezentrum. Nach einem Artikel der »taz«, der auf Aussagen der attackierten Jugendlichen basiert, sollen Pegida-Anhänger sie mit Messern und Schlagstöcken in der Innenstadt angegriffen und mehrere von ihnen verletzt haben. Eine 15-Jährige habe Heiligabend Anzeige bei der Polizei erstatten wollen, die Beamten hätten ihr aber nicht geglaubt, erzählte Danilo Starosta vom Kulturbüro Sachsen der »taz«. Er hatte sich mit der Jugendlichen getroffen, wie er den »Dresdner Neuesten Nachrichten« sagte. Die Migrantin erzählte dabei auch, »ganz normale Bürger« hätten Beifall geklatscht. Seiten 4 und 11

Ein Überblick über Demos pro und kontra Pegida: dasND.de/NieWieda

Waffenbauer spenden für die Grünen

Südwestmetall-Verband überweist Rekordsumme an Ökonomiepartei

Berlin. Eine Großspende des Südwestmetall-Verbands über 100 000 Euro bringt die Grünen in Erklärungsnot. Die Zuwendung, über die der »Spiegel« berichtet, ist für die in Baden-Württemberg regierende Ökonomiepartei eine Rekordsumme und die zweithöchste Spende der Unternehmerlobby an eine Partei – nur die CSU erhielt einen noch höheren Betrag. Doch die Zuwendung an die Grünen ist durchaus heikel, schließlich sind in dem Verband der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie auch Waffenhersteller vertreten.

»Zu den Mitgliedern der in Stuttgart beheimateten Organisation zählen eine ganze Reihe von Rüstungsfirmen wie Heckler & Koch (Pistolen, Gewehre), Diehl Defence (Lenkflugkörper, Munition) oder MTU (Motortriebwerke)«, schreibt der »Spiegel«. Die Grünen sprechen sich aber für eine Begrenzung von Rüstungsexporten aus, um die Menschenrechte in den Empfängerländern zu schützen, wie die Partei argumentiert.

Auf Anfrage beim Bundesschatzmeister der Grünen erklärte Benedikt Mayer dem Magazin ausweichend: Bei Südwestmetall seien nicht nur Rüstungsfirmen organisiert, sondern auch solche, »die etwa Umweltschutztechnologie herstellen«.

Insgesamt gingen die Großspenden an die Parteien im vergangenen Jahr zurück. Union, SPD, Grüne und FDP erhielten deutlich weniger solcher Zuwendungen über 50 000 Euro, die beim Bundestag extra angezeigt werden müssen. In der Summe kamen lediglich 1,52 Millionen Euro zusammen. 2013 waren es noch 3,5 Millionen Euro. Eine solche Differenz zu einem Jahr, in dem Bundestagswahlen stattfinden, ist aber durchaus üblich. nd

Israel blockiert Steuergelder

Jerusalem stoppt Überweisungen an die Palästinenserbehörde

Jerusalem. Israel hat auf die Bemühungen der Palästinenser um einen Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) mit einer ersten Strafmaßnahme reagiert. Wie ein israelischer Regierungsvertreter am Samstag mitteilte, wurde die Überweisung von einer halben Milliarde Schekel (gut hundert Millionen Euro), die den Palästinensern zustehen, zurückgehalten. Regierungschef Benjamin Netanjahu kündigte zugleich Widerstand gegen mögliche Prozesse vor dem IStGH an.

Bei den einbehaltenen Steuergeldern handelt es sich um Mehrwertsteuern und Zollgebühren auf Waren, die über israelisches Gebiet in die Palästinensergebiete gelangt sind. Sie bilden etwa die Hälfte des palästinensischen Budgets und wurden von Israel schon mehrfach als Druckmittel eingesetzt. Laut der Tageszeitung »Haaretz« hätten die Einnahmen für Dezember am Freitag an die Palästinenser überwiesen werden müssen. Als Reaktion auf den Antrag der Palästinenser für einen Beitritt zum IStGH sei aber die Hälfte davon zurückgehalten worden.

Netanjahu sagte am Sonntag zu Beginn der wöchentlichen Kabinettsitzung: »Wir werden nicht zulassen, dass Soldaten oder Offiziere der israelischen Streitkräfte vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gezerrt werden.« Geheimdienstminister Juval Steinitz bezeichnete den Einbehalt der Steuergelder als »ersten Schritt in die richtige Richtung«. Erziele er keine Wirkung, »müssen härtere Maßnahmen bis hin zur Zerschlagung der Palästinensischen Autonomiebehörde ergriffen werden«. Die von Netanjahu vor einem Monat entlassene Chefunterhändlerin Zippi Livni sagte dagegen, obwohl sie mit der Mittelblockade im Prinzip kein Problem habe, führe sie zu keiner Lösung. AFP/nd